Heute „Welt-Spiegel"

Morgen-Ausgabe

Mit „Welt-Spiegel" 20 Pfg.

Erscheint wöchentlich zwölfmal mit illustr. Sportblatt. Illustr. Gratis-Zeitschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Illustrierte Film-Zeitung", „Photo-Spiegel", „U.T.K.", „Haus Hof Garten" mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentlich 1,20, monatlich 5 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5 RM monatlich exkl. Zustellung. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46–49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen (Fernsprecher: Dönhoff 3440–3462, für den Fernverkehr 4207 4209) Telegramm-Adresse: „Berlidla" Berlin. Rudolf Mosse-Code – Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12ssp. Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen in bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46–49. Filialen: Bahhofstr. 61; Blücherstr. 69; Fennstr. 1; Fidicinstr. 9; Frankfurter Allee 286 u. 340; Freiswalder Str. 137; Große Frankfurter Str. 101; Kochhannstr. 9; Königstr. 19; Köpenicker Str. 67/68; Moritzplatz; Müllerstr. 135; Potsdamer Str. 53; Rathenower Str. 3; Rheinsberger Str. 79; Rosenthaler Str. 48; Schiffbauerdamm 4; Schönhauser Allee 144; Turmstr. 61; Wiener Str. 1–6; Zimmerstr. 59. Charlottenburg: Kaiserdamm 20; Kantstr. 34; Nürnberger Str. 25/26; Scharrenstr. 39; Tauentzienstr. 2; Köpenick: Schloßstr. 1; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hentrichenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstraße 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 243; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Schloßstr. 32; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Kaiserplatz 13; Uhlandstr. 88. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Frankfurt a. d. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 85
Ausgabe für Berlin

57. Jahrgang
Sonntag, 19. Februar 1928

Es bleibt bei Maiwahlen.

Die gestrige Entscheidung.

Erledigung des Etats und des Notprogramms, dann Auflösung.

Am gestrigen Nachmittag ist endlich die Entscheidung über das Schicksal dieses Reichstags gefallen. Die Gefahr der sofortigen Auflösung ist endgültig abgewendet; der Haushaltsplan für 1928 und das Notprogramm der Regierung sollen im Laufe des Monats März verabschiedet werden; dann erst soll die Auflösung erfolgen. Die Neuwahl des Reichstags wird spätestens in der zweiten Hälfte des Monats Mai vorgenommen werden.

Der Widerstand gegen diese Lösung, die wir immer als die wahrscheinlichste bezeichnet haben, ging bekanntlich nicht von den Oppositionsparteien, sondern von der bisherigen Regierungsmehrheit aus. Noch am Freitag abend versuchte sie bekanntlich, da sie an der Einigung in ihren eigenen Reihen über das Notprogramm verzweifelte, die Verantwortung für das Scheitern des vom Reichspräsidenten wie von der Regierung befürworteten Arbeitsplanes auf die Opposition abzuwälzen. Erst die energischen Vorstellungen der Demokraten vermochten den Vizekanzler Hergt zu belehren, daß diesem Ablenkungsmanöver kein Erfolg beschieden sein würde. **Ein erneutes Eingreifen des Reichspräsidenten führte dann endlich dazu, daß die Regierungsparteien von dieser aussichtslosen Taktik abstanden und sich kurzerhand mit dem Notprogramm der Regierung einverstanden erklärten.** Die im größten Teil der gestrigen Abendausgabe bereits veröffentlichte Kundgebung des Kabinetts übte den letzten entscheidenden Druck aus. So konnte das Kabinett 3½ Uhr nachmittags eine interfraktionelle Konferenz in vergrößertem Rahmen einberufen, in der alle Parteien außer den Kommunisten und den Völkischen durch mehrere Fraktionsmitglieder vertreten waren. Die Regierung gab bekannt, daß der Entwurf ihres Notprogramms inzwischen verschiedene Aenderungen erfahren habe, die unter anderem den Liquidationsgeschädigten, den Kleinrentnern und den landwirtschaftlichen Genossenschaften zugute kommen sollen. Da das Einverständnis der bisherigen Koalitionsparteien für dieses Programm bereits vorlag, kam es nunmehr auf die Stellung der Oppositionsparteien an. **Von einer unbedingten Bindung der Oppositionsparteien an das Notprogramm, wie sie ihnen zuerst angesonnen worden war, war gestern keine Rede mehr.** Sie sollten sich lediglich prinzipiell mit der Verabschiedung des Notprogramms einverstanden erklären und auf die Stellung rein agitatorischer Anträge verzichten. **Den Standpunkt der demokratischen Reichstagsfraktion präzisierte der Abgeordnete Koch-Weser etwa in folgender Form:**

„Die demokratische Fraktion ist bereit, an der Erledigung des Notprogramms bis etwa zum 1. April mitzuarbeiten. Anträge rein agitatorischen Charakters hat sie niemals gestellt und wird sie deshalb auch bei der Beratung des Notprogramms nicht stellen. Sachliche Verbesserungsanträge behält sie sich selbstverständlich vor."

Einen ähnlichen Standpunkt nahmen die Sozialdemokraten ein. Auch sie sind bereit, an der Beratung des Notprogramms mitzuarbeiten, ohne sich etwa auf seine unbedingte Annahme festzulegen (wie das selbstverständlich bei den Demokraten der Fall ist). Die Sozialdemokraten erhoben sofort einige Einwände gegen das Programm der Landwirtschaftshilfe, die sich namentlich gegen die Bestimmungen über Einfuhr von Gefrierfleisch und gegen die Verschärfung der veterinärpolizeilichen Bestimmungen richteten. Im übrigen wiederholten sie ihre Forderung, daß die Neuwahlen spätestens in der zweiten Maihälfte stattfinden müßten.

Mit diesem Ergebnis der interfraktionellen Verhandlungen war die Frage nach dem Auflösungstermin, die in den letzten Tagen so die Gemüter erhitzt hatte, endlich entschieden. **Dem Plenum des Reichstags,** das um sechs Uhr abends zur zweiten Sitzung des Tages zusammentrat, blieb daher eigentlich nichts mehr zu tun, als Termin und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen. Präsident Löbe teilte in seinen Einleitungsworten mit, daß sich eine Mehrheit von Parteien auf die geschäftsordnungsmäßige Erledigung der dringendsten Arbeiten bis zum 31. März geeinigt habe. **Für die nächste Sitzung stehe bei der Beratung des Haushalts der Reichskanzlei die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung bevor.** Der Notwendigkeit, gestern noch einen Notetat erledigen zu müssen, war der Reichstag ja durch die inzwischen erzielte Einigung überhoben; von der Inangriffnahme eines neuen Etats noch um sechs Uhr abends wurde natürlich Abstand genommen. Um den Termin der nächsten Sitzung entspann sich noch ein lebhafter Wortstreit. Der sozialdemokratische Fraktionsführer Müller-Franken schlug vor, angesichts der abnormen Situation, daß eine Regierung, deren bisherige Mehrheit zerfallen ist, noch ein bestimmtes Programm erledigen wolle, die nächste Sitzung mit der Entgegennahme der Regierungserklärung schon am kommenden Montag abzuhalten. Der Kommunist Köhnen versuchte ihn natürlich zu übertrumpfen und verlangte diese Erklärung sofort noch in der gestrigen Sitzung entgegenzunehmen. Der Abgeordnete Koch-Weser erklärte, daß die demokratische Fraktion **die rechtzeitige Fertigstellung des Haushaltsplanes als die dringendste Aufgabe** ansehe und daß sie weiterhin bereit sei, auch an der Verabschiedung des Notprogramms bis zum 1. April mitzuarbeiten. Im übrigen behält sich die demokratische Fraktion, wie Koch ausdrücklich feststellte, gegenüber den einzelnen Vorlagen des Notprogramms freie Hand vor. Nach einer verunglückten Polemik des völkischen Abgeordneten v. Graefe, der sich in der irrigen Meinung befand, die deutschen Wahlen würden „gemäß den Wünschen der Herren Wirth und Breitscheid" noch vor den französischen stattfinden, wurde der sozialdemokratische Antrag, bereits am Montag wieder zusammenzutreten, mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Reichstag kann sich also in den zäh verteidigten „Faschingsferien" von der Nervosität der letzten Tage erholen und dann am übernächsten Montag seine letzten Arbeiten in Angriff nehmen.

* * *

Das letzte Manöver.

Daß die Rechtskoalition, die leider Deutschland mehr als ein Jahr lang „regieren" durfte, nicht in Schönheit stirbt, konnte man verzeihen. Parteikoalitionen zerfallen auch sonst nicht, ohne daß der Zersetzungsprozeß allerlei unerfreuliche Erscheinungen erzeugt. Aber das Ende der deutschnationalen Regierungsherrlichkeit ist so kläglich, daß sich kein früherer Vorgang damit vergleichen läßt. Würdiger Abschluß einer Periode, die mit patherischen, hochklingenden, prahlerischen Beteuerungen und Verheißungen eingeleitet wurde und nichts gebracht hat als den Beweis absoluter Ohnmacht, Unfähigkeit und Sterilität! Vor wenig Wochen noch kannten die Deutschnationalen, in ihrer Furcht vor der unausbleiblichen Wahlniederlage, nur eine Taktik: sie wollten mit allen Mitteln eine Auflösung des Reichstags verhindern, hielten ihre Ministerportefeuilles und Mandate umklammert, wie der sterbende Geizhals sein Geld. Als die Hoffnung, baldige Neuwahlen zu vermeiden, zerronnen war, suchten sie nach einem Mittel, das ihnen nun wenigstens gestatten sollte, den getäuschten Wählern, deren Erbitterung sich überall im Lande deutlich äußerte, Sand in die Augen zu streuen. Das ganze Jahr hindurch hatten sie mit leerem Gerede verbracht. Jetzt forderten sie in dem „Notprogramm", das vor der Auflösung noch verwirklicht werden soll, möglichst hohe Summen für die Unterstützung der ländlichen Wählerschaft, obgleich man im Reichsernährungsministerium des deutschnationalen Herrn Schiele noch immer keinen Plan für die Verteilung dieser Gelder ausgearbeitet hat. Und wenn Unmögliches, nur zum Schein Gefordertes, nicht in das „Notprogramm" aufgenommen wurde, sollte mit der Auflösung des Reichstags, der sie sich eben noch so heftig widersetzt hatten, keinen Tag mehr gewartet werden — sofort sollte sie kommen! Das Manöver war klar: man wollte hinausgehen und den Wählern vorreden können: Wir haben das Rezept vorgeschlagen, alle euere Schmerzen zu heilen, aber die anderen haben nicht gewollt! Die Angst vor den Stimmzetteln der Unzufriedenen erklärt diese hochgesteigerte Demagogie. Und damit man den Wähler so übertölpeln könne, sollten die dringlichsten parlamentarischen Arbeiten unerledigt bleiben, wollte man darauf verzichten, den Etat des Reiches ordnungsmäßig zustandezubringen! Eben noch, als man die Neuwahlen möglichst lange hinauszögern wollte, hatte man die parlamentarische Fertigstellung des Etats ganz richtig für eine selbstverständliche Pflicht erklärt. Jetzt hatte das alles keine Bedeutung mehr! Dabei ist den Deutschnationalen etwas sehr Unangenehmes passiert. Sie hatten, solange es ihnen gefiel, sich immer, ein wenig aufdringlich, auf Hindenburg berufen, der eine baldige Auflösung verhindern werde, und nun, wo sie nach der sofortigen Auflösung riefen, trat ihnen der Reichspräsident entgegen, der die Erledigung des Etats und der unaufschiebbaren Aufgaben für unerläßlich hielt. Das nun von den Koalitionsparteien mühselig zusammengestoppelte „Notprogramm" wird noch näher zu betrachten sein. Die Deutschnationalen haben auf ihre rein agitatorischen Forderungen und die Parole: „Alles, auch das Unmögliche, oder sofortige Auflösung!" verzichten müssen, der Reichshaushalt wird, entgegen ihrem Willen, im Reichstag zu Ende beraten werden, und im Mai wird man an die Wahlurne gehen. Das letzte Manöver ist mißglückt, und die Ueberzeugung ist allgemein, daß die Abrechnung mit dieser großsprecherischen und zur Leistung unfähigen deutschnationalen Demagogie gründlich und unzweideutig ausfallen wird. Im wunderschönen Monat Mai, wenn alle Knospen springen.

---

* Der Reichspräsident hat gestern den neuernannten rumänischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Nicolas **Petresco-Comnen** zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

Deutschnationale Wahlparole.

Wer zahlt die Reparationen?

Von

Staatssekretär a. D. **Oscar Meyer,**
Mitglied des Reichstags.

Seit der Auflösung der Nationalversammlung ist dreimal zum Deutschen Reichstage gewählt worden. Jedes Mal ging die Deutschnationale Volkspartei als Oppositionspartei in die Wahl. Die Anerkennung, daß sie diese Rolle mit großer Geschicklichkeit gespielt hat, wird ihr niemand versagen. Ihre Geschicklichkeit gipfelte darin, daß sie, die Nachfolgerin der großagrarischen, handels-, gewerbe- und industriefeindlichen Deutschkonservativen Partei, durch die agitatorische Ausnützung der aus dem verlorenen Krieg und dem verhängnisvollen Friedensdiktat zwangsläufig entstandenen Wirtschaftsnöte gegen die jeweilige Regierung auch gewerbliche Kreise für sich zu gewinnen und in den Städten Boden zu fassen verstand. Nach den Dezemberwahlen von 1924 gelangten die Deutschnationalen zur Macht; sie waren im Jahre 1925 und sind wieder seit 1927 führend an der Regierung beteiligt. So finden, zum ersten Male seit Bestehen des Reichstags der Republik, die diesjährigen Wahlen sie in der Stellung der Regierungspartei. Die früheren Rezepte sind deshalb nicht mehr verwendbar. Handel, Gewerbe und Industrie haben gelernt, daß die Finanz- und Wirtschaftspolitik der deutschnational geführten Regierungen eine Kette von Mißerfolgen und Rückschlägen gewesen ist; Rentner und Sparer blicken in das Grab ihrer Aufwertungshoffnungen, welche eine skrupellose deutschnationale Wahlpropaganda auf ein Höchstmaß hatte anwachsen lassen. Die Deutschnationale Volkspartei sieht die städtischen Wähler aus ihren Reihen fliehen. Aber sie zeigt wieder ihre Kunst, sich der Situation anzupassen: sie sucht den Ersatz der schwindenden städtischen Stimmen auf dem flachen Land, wobei sie mit derselben vollendeten Technik, mit der sich einst die Deutschkonservative Partei des angeblich parteilosen Bundes der Landwirte bediente, das Instrument des Reichslandbundes benützt, dessen Präsident der deutschnationale Graf Kalckreuth ist.

Deshalb ist es nicht erstaunlich, daß der kürzlich abgehaltenen Tagung des Reichslandbundes in Berlin die Aufgabe zufiel, den deutschnationalen Wahlfeldzug einzuleiten, die Parole: „Abhilfe der Not des flachen Landes" auszugeben und die Forderungen zur Verwirklichung dieser Parole aufzustellen. Doch ist damit noch nicht viel getan. Denn es wird den Deutschnationalen nicht gelingen, den Schutz der Landwirtschaft zu ihrem Parteimonopol zu machen, sie werden auch nicht widerlegen können, daß unter ihrer Regierung die Not der Landwirtschaft zugenommen hat. Um diese unbequeme Situation zu verbessern, hat sich die Deutschnationale Volkspartei entschlossen, ein Mittel zu Hilfe zu nehmen, das sich in ihrer Propaganda bereits hervorragend bewährt hat: das Mittel der Legendenbildung. Graf Kalckreuth darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, der Autor der Legende zu sein, daß die Landwirtschaft die Reparationslasten bezahlt. „Das Volk", so sagte er, und die „Deutsche Tageszeitung" hat es in ihrem Bericht durch Fettdruck hervorgehoben, „hat durch die innere Entwertung der Mark unter gleichzeitiger Bindung der Preise für landwirtschaftliche Produkte an den Weltmarkt die gesamte Dawes-Last auf die Schultern der Landwirtschaft abzuwälzen verstanden. Damit hat es nun aber ein Ende. Entweder entschließen sich die verantwortungsvollen Regierungsstellen des Reiches und der Länder, ungesäumt die alleinige Last von den Schultern der Landwirtschaft zu nehmen, oder aber, die Landwirte sind gezwungen, ihre bisherige Rolle als mildtätige Stiftung zur Speisung des Volkes aufzugeben." Es könnte scheinen, daß diese Legende so absurd ist, daß sie von demokratischer Seite, wie es bisher geschehen ist, mit Stillschweigen übergangen werden könnte. Indessen, die Erfahrungen mit früheren Legenden warnen davor, dergleichen leicht zu nehmen.

Welche Fülle von Demagogie sich hinter der angeführten Aeußerung verbirgt, wird erst offenbar, wenn man sie zusammenhält mit den Worten, mit denen der Landbundführer seine Rede geschlossen hat: „Immer aber werden wir kämpfen nicht gegen unser Volk, sondern wir werden ringen um die Seele unseres Volkes. Wir werden ringen darum, daß die Liebe und das Vertrauen, das wir als Landwirte der deutschen Muttererde entgegenbringen, zur Grundeinstellung unseres ganzen Volkes werde." Ist es möglich, diesen Appell an den Verständigungswillen der einzelnen Schichten des Volkes, der bei dem ganzen Volke Widerhall finden muß, anders zu werten, denn als eine leere Phrase, wenn in derselben Rede vor der aufhorchenden Landwirtschaft dem deutschen Volke, das in seiner Gesamtheit die Reparationspflichten trägt, der Vorwurf gemacht wird, geflissentlich die Dawes-Last auf die Schultern der Landwirtschaft abgewälzt zu haben, und wenn damit insbesondere auch der durch die